



grün®
Keiner wie wir.

Newsletter

11.04.2014 Ausgabe 2/14

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit unserem aktuellen Newsletter informiert Sie die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN über die Ratssitzung am 07.04.2014, voraussichtlich die letzte vor der Kommunalwahl am 25.05.2014.

Sie können gern per Email mit uns Kontakt aufnehmen und uns Ihre Meinung, Anregungen oder auch Ihre Kritik mitteilen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung per Email an fraktion@gruene-wuppertal.de

Peter Vorsteher
Fraktionsvorsitzender



[Bitte benachrichtigen Sie uns, wenn Sie keine Infos mehr erhalten möchten.](#)

Hier sind unsere aktuellen Themen:

[Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Döpfs 105“](#)

[Inbetriebnahme Kohlekraftwerk Wilhelmshaven](#)

[Tagespflege in Wuppertal](#)

[Kinder- und Jugendförderplan evaluieren](#)

[Bundesregierung soll Kommunen unmittelbar entlasten](#)

[Schulsozialarbeit sichern](#)



Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „döppts 105“



Die über 13.000 gesammelten Unterschriften der Initiative „döppts 105“ zeigen, dass viele Bürger*innen unzufrieden sind mit der Kommunikation und mit der Entwicklung, die der Döppersberg genommen hat. Die [Verwaltung](#), aber auch eine eigens für die GRÜNE Ratsfraktion erstellte [Stellungnahme](#) kommen zu dem Ergebnis, dass die Formulierung des Bürgerbegehrens nicht den rechtlichen Anforderungen entspricht. Unsere verkehrspolitische Sprecherin Anja Liebert hat in ihrer [Rede](#), die im Rats-TV abrufbar ist, die wesentlichen Aspekte aufgeführt. Als Fraktion, der Bürgerbeteiligung sehr wichtig ist, haben wir uns an den Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöehler gewandt. Dieser wird auch von „Mehr Demokratie“ e.V. ausdrücklich als Experte für Bürgerbegehren genannt. Das Ergebnis der Stellungnahme: Die Formulierung im Text ist unklar, es wird keine Sachentscheidung aufgezeigt, es werden keine Alternativen genannt. Es wird z.B. nicht aufgeführt, welche Vorhaben im Projekt Döppersberg nicht durchgeführt werden sollen, was weggelassen werden soll, um das Projekt mit der Kostendeckelung auf 105 Mio. Euro umzusetzen. Den Bürger*innen wird keine klare Entscheidung ermöglicht, deshalb haben wir der Verwaltung zugestimmt und die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens abgelehnt. Wir halten es nun für wichtig, die 13.000 Stimmen und Stimmungen der Bürger*innen in das weitere Verfahren einzubinden. Kostentransparenz, offene Kommunikation und Einbindung der Bürger*innen sind wichtige Bausteine, um für den Umbau des Döppersberg, der für unsere Stadt dringend notwendig ist, zu werben.

Inbetriebnahme Kohlekraftwerk Wilhelmshaven

Die [Antwort](#) der Verwaltung auf eine GRÜNEN Anfrage an den Rat ist leider nicht so aussagekräftig, wie sich das die GRÜNEN erhofften. Peter Vorsteher hat aus der Wilhelmshavener Zeitung vom 18.03.2014 erfahren, dass es Probleme mit der Stromabnahme des Kraftwerkes Wilhelmshaven gibt, das von der Stadt in dreistelliger Millionensumme mit finanziert wurde. Dort wurde geäußert, dass das Kraftwerk im Vollastbetrieb den Strom gar nicht komplett ans Netz geben kann. Stadtdirektor Dr. Slawig hält diesen Bericht für falsch, der Aufsichtsrat sei vom Projektleiter darüber informiert worden, dass alles laut Plan verlaufe. [Hier](#) finden Sie die Nachfragen unseres Fraktionsvorsitzenden Peter Vorsteher und unseres Aufsichtsratsmitgliedes Klaus Lüdemann sowie die Antworten von Dr. Slawig.



Tagespflege in Wuppertal

Ende letzten Jahres zogen 46 Tagesmütter vor Gericht, um gegen die zu geringen Zuschüsse für die Eltern und zu geringe Fördergelder durch die Stadt zu klagen. Das Gericht gab ihnen Recht. Nun ist die Stadt an der Reihe, das Urteil auch umzusetzen. In der [Antwort](#) auf eine GRÜNE Anfrage wird erläutert, dass erst nach der Wahl geänderte Richtlinien vorgelegt werden. Auf [Nachfrage](#) unseres kinder- und jugendpolitischen Sprechers Paul Yves Ramette antwortete der Beigeordnete Stefan Kühn, dass für die Frauen, die geklagt hatten, rückwirkend die Leistungen bewilligt werden. Bei denen, die nicht geklagt haben, passiert dies nicht.



Kinder- und Jugendförderplan evaluieren

Die GRÜNEN stellten den [Antrag](#), dass der Kinder- und Jugendförderplan, der Ende nächsten Jahres ausläuft, von der Verwaltung evaluiert werden soll. Paul Yves Ramette [begründete](#) den Antrag im Rat und legte Wert darauf, dass wieder eine Begleitkommission dazu eingerichtet werden soll. Stefan Kühn entgegnete, dass die Verwaltung dies bereits plane. CDU und SPD verweigerten dem Antrag ihre Zustimmung, damit war er abgelehnt.

Bundesregierung soll Kommunen unmittelbar entlasten

Gleich nach der Bundestagswahl vergrub die schwarz-rot geführte Bundesregierung ihre Wahlversprechen ganz tief und verweigert nun die Entlastung der Kommunen beim Bundesteilhabegesetz und bei der Reform der Eingliederungshilfe. Auf GRÜNE Initiative hin beteiligten sich auch FDP und LINKE an einem [Antrag](#), der die Bundesregierung auffordert, die Kommunen zu entlasten und ihre Wahlversprechen umzusetzen. CDU, SPD und WfW konterten mit einem sehr vage formulierten [Antrag](#), als Kompromiss beschloss der Rat einstimmig eine [Resolution](#) des Städtetages.

Schulsozialarbeit sichern

Weil die FDP in einem [Antrag](#) die Verantwortung für die Schulsozialarbeit ausschließlich dem Land NRW aufbürden wollte, starteten die GRÜNEN eine Initiative, der sich CDU und SPD anschlossen. In diesem [Antrag](#) werden die bisherigen Resolutionen zum Erhalt der Schulsozialarbeit bekräftigt. In seiner [Rede](#) erläuterte der schulpolitische Sprecher der GRÜNEN, Marc Schulz, noch einmal die Wichtigkeit der dauerhaften Fortführung der Schulsozialarbeit für Wuppertal und weshalb auch die Bundesregierung nicht aus ihrer Verantwortung gelassen werden darf. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

